

Einigung auf ein Friedensabkommen in Nepal

Beendigung des zehnjährigen Bürgerkriegs

Die nepalesische Regierung und die maoistischen Rebellen haben nach zehn Jahren Bürgerkrieg ein Friedensabkommen abgeschlossen. Es soll in den nächsten Tagen formell unterzeichnet werden. Vertreter der Maoisten werden in die Regierung einziehen.

By. Delhi, 8. November

Der Bürgerkrieg in Nepal, der 13 000 Tote gefordert hat, ist nach zehn Jahren beendet. Am Dienstag schlossen die Maoisten mit den sieben Regierungsparteien ein Abkommen, das die Demobilisierung der Rebellen und deren Teilnahme am demokratischen Prozess regelt. Die formelle Unterzeichnung des Friedensabkommens soll in den nächsten Tagen erfolgen. Es war die Monarchie gewesen, die den vor einem Jahr noch undenkbareren Friedensschluss ermöglichte. Der Coup von oben vereinte Parteien und Maoisten in ihrem Widerstand gegen die Diktatur der Monarchie. Kurz nach dem Erfolg der wochenlangen und landesweiten Straßenproteste im Mai begannen die Gespräche zwischen dem Maoisten-Führer Prachanda und dem Regierungschef Koirala. Sie wurden im Hintergrund von der Uno unterstützt und waren begleitet von den Guten Diensten befreundeter Länder wie der Schweiz.

Umstrittene Stellung des Königs

Die Regelung sieht vor, dass das bestehende Parlament von 205 auf 330 Abgeordnete erweitert wird, mit 73 nominierten Vertretern der Maoisten. Sie werden auch 5 ihrer Mitglieder ins Kabinett delegieren. Diese neue Interimsregierung wird dann Wahlen für ein verfassungsgebendes Parlament durchführen, die bis Mitte nächsten Jahres stattfinden sollen. Das 409 Abgeordnete umfassende Haus wird dann eine neue Verfassung ausarbeiten. Dabei wird es vor allem auch darum gehen, ob Nepal weiterhin eine Monarchie mit einer stark eingeschränkten königlichen Machtfülle sein soll oder ob es eine Republik werden will.

Diese Frage war einer der Stolpersteine gewesen, die von Koirala und Prachanda in zähen Verhandlungen hatten aus dem Weg geräumt werden müssen. Die Maoisten verlangten, dass die Monarchie von vorneherein abgeschafft wird, während die sozialdemokratischen Kommunisten der CPN (UML) in einem Referendum das Volk entscheiden lassen wollten.

Integration der Rebellen in die Armee?

Ein weiterer Streitpunkt war die Frage der Entwaffnung der Rebellen. Diese hatten gefordert, dass auch die Armee zu entwaffnen sei - eine Forderung, die von vorneherein unrealistisch war. Immerhin erreichten sie damit, dass die Armee eine gleiche Anzahl Waffen abgeben muss wie die Maoisten. Sie werden in Baracken aufbewahrt und von Vertretern der Uno bewacht. Dasselbe gilt für die rund 35 000 Rebellen, die in sieben Lager im ganzen Land gebracht werden. Nach den Wahlen soll dann über ihre Zukunft entschieden werden. Die Frage ist, ob die Rebellen in die Armee integriert (wie das die Maoisten wünschen) oder in die Zivilgesellschaft reintegriert werden. Die Schlüssel für die Baracken liegen in den Händen der Rebellen, doch werden sie ebenfalls von Uno-Beobachtern überwacht. Die Armee wird aber teilweise bewaffnet bleiben und weiterhin ihre Rolle zur Verteidigung des Landes nach aussen wahrnehmen.